



Liebe Leserinnen und Leser,

mit unseren Gästen aus der ganzen Welt haben wir Deutsche am Wochenende voller Freude die Maueröffnung vor 25 Jahren gefeiert. Dieses Fest, in dessen Verlauf sich der von rund 7.000 Luftballons nachgebildete Grenzverlauf buchstäblich in Luft auflöste, erinnerte eine Million Besucher an die Überwindung eines Unrechtsstaates. Die eindrucksvolle „Lichtgrenze“ führte uns allen noch einmal vor Augen, wo das schlimmste Sinnbild der SED-Diktatur, die Berliner Mauer mit dem Todesstreifen, Ost und West teilte.

Mutige Bürgerrechtler wie Wolf Biermann, der bei seinem Auftritt im Plenarsaal vergangenen Freitag auch über das Heute Klartext redete, überwand 1989 die DDR mit tausenden friedlicher Revolutionäre. Die Menschen hatten genug von Willkür, Bespitzelung und Misswirtschaft.

Dieses Gefühl teilen sicher auch die mehr als 4.000 Demonstranten in Erfurt, die ihrer Sorge darüber Ausdruck verliehen, dass die Nachfolgepartei der SED nun von SPD und Grünen erneut eine führende Rolle zugewiesen bekommt – diesmal freiwillig. Überhaupt: Beim SPD-Mitgliederentscheid gaben weit weniger Menschen den Ausschlag für eine Koalition unter Führung der Linken als allein auf dieser einen Demonstration gegen solche Geschichtsvergessenheit auf der Straße waren. Bei den Grünen kommt „Bündnis 90“ wohl nur noch im Namen vor.

Als CDU kümmern wir uns lieber um die Opfer des SED-Unrechtregimes, indem wir kürzlich u.a. weitere Leistungsverbesserungen für jene auf den Weg brachten, die aus politischen Gründen in Haft gerieten oder berufliche Nachteile erlitten. Außerdem verstehen wir es als unsere Aufgabe, die Lebensverhältnisse im ganzen Land aneinander anzupassen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

#### KURZ UND BÜNDIG

**22.10.** Fachtagung „Mehr Ältere auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben“ in Dortmund

**23.10.** Vortrag zur Asse beim Stammtisch der CDU Halchter im Gemeinschaftshaus

**25.10.** Landesausschuss des Landesverbandes der Jungen Union Braunschweig und Diskussion zum Thema „Region“

**25.10.** 40-Jahr-Feier mit Hax'n-Essen des CDU-Ortsverbandes Bleckenstedt

**28.10.** Dämmerchoppen beim CDU-Ortsverband Groß Mahner

**28.10.** Kommunalpolitische Tagung in Kissenbrück

**1.11.** Braunkohlessen mit der Freiwilligen Feuerwehr Abbenrode am Elm

**2.11.** Braunkohlwanderung CDU-Ortsverband Cramme

**3.11.** Info-Termin zum Elektrobus EMIL (Braunschweig)

**8.11.** Infostand der CDU Wolfenbüttel zur Fusionsthematik

**8.11.** Grußwort bei der Kreisverbandstagung des SoVD



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

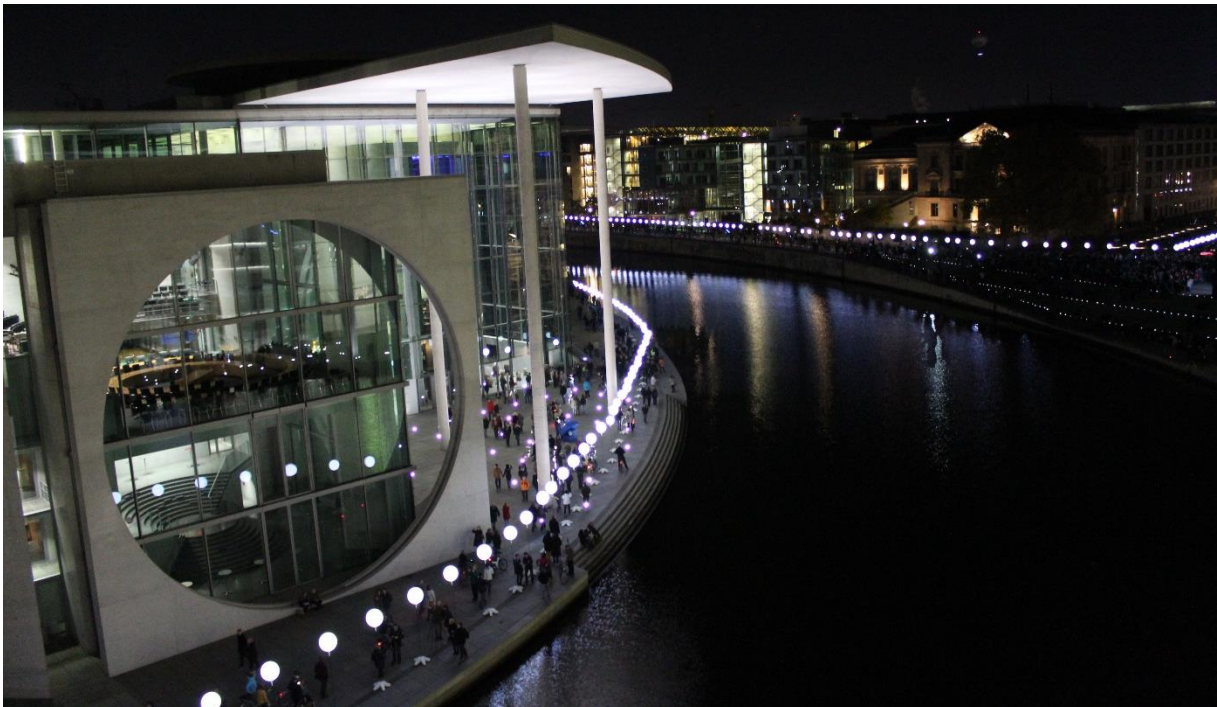


Einer von uns in Berlin  
Sitzungswochen vom 3. bis 7.  
und 10. Bis 14. November

**Vereinbarte Debatte anlässlich des 3. Jahrestages der Aufdeckung der NSU-Verbrechen am 4. November 2011.** Die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ konnte jahrelang unentdeckt Mord- und Bombenanschläge in Deutschland begehen. Auf Grundlage der Aufarbeitung durch einen Untersuchungsausschuss des Bundestages wurden Empfehlungen ausgesprochen, wie das Entstehen und jahrelange Wirken solcher Terroristen in Zukunft besser als bisher vermieden und bekämpft werden kann. In einer vereinbarten Debatte bekräftigten wir diese Empfehlungen sowie unsere Entschlossenheit, Extremismus und Terrorismus entschieden und mit aller Macht des Gesetzes zu bekämpfen. Gleiches wird in den Ländern geschehen.

**Einigung auf wirksamere Regeln zur Bekämpfung von Steuerflucht.** Im Kampf gegen grenzüberschreitende Steuerflucht und Steuervermeidung ist der Durchbruch gelungen: Nach vielen Jahren der beharrlichen Verhandlung hat Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble am 29. Oktober 2014 in Berlin zusammen mit den Vertretern von 49 Staaten den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten vereinbart. Ab September 2017 wird keiner der teilnehmenden Staaten mehr als Ort der Steuerflucht zur Verfügung stehen. Hierüber berichtete der Minister in einer Regierungserklärung.

**Gesetz zur Einführung des Elterngeldes Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.** Wir beschlossen das Gesetz zur Einführung des Elterngeldes plus in zweiter und dritter Lesung. Zukünftig können Eltern, die früh nach der Geburt ihrer Kinder wieder beruflich in Teilzeit einsteigen, das Elterngeld Plus doppelt so lange erhalten wie



Was für ein Anblick: Die „Lichtgrenze“ im Regierungsviertel. Die Spree war hier Grenzfluss. Vor ein paar Tagen entfernten sog. „Aktionskünstler“ für ein paar Tage sieben Gedenkkreuze, die an Mauertote erinnern sollen.



**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

**CDU**

das Elterngeld. Zudem ist ein Partnerschaftsbonus vorgesehen, der eine zeitweilige gemeinsame Sorge der Eltern für das Kind bei gleichzeitiger reduzierter Berufstätigkeit der Eltern berücksichtigt. Eine Klarstellung zu den Möglichkeiten der Aufteilung der Elternzeitmonate auf bis zu drei Abschnitte wird ebenfalls geregelt. Schließlich wird festgehalten, dass bei Mehrlingsgeburten nur ein Anspruch auf Elterngeld, allerdings bei einem Zuschlag von 300 Euro je Mehrlingsgeschwisterkind, besteht.

**Rede im Plenum: Whistleblowerschutzgesetz gefordert.** Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE fordern in zwei Initiativen einen umfassenden Schutz von sogenannten Hinweisgebern (Whistleblowern). Es wird von der Bundesregierung verlangt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die gesellschaftliche Bedeutung von Hinweisgebern anerkennt und sie vor Vergeltungsmaßnahmen schützt, nachdem sie auf Missstände z.B. im beruflichen Umfeld hingewiesen haben.

Dadurch, dass bereits zahlreiche spezialgesetzliche Anzeigerechte für Beschäftigte bestehen, u.a. im Arbeitsschutz-, Bundesdatenschutz- oder Betriebsverfassungsgesetz, bin ich der Meinung, dass es ein solch gefordertes Gesetz nicht braucht. Es kommt nicht auf ein neues Gesetz an, sondern vielmehr auf eine Kultur im Betrieb, die die Sozialpartner gemeinsam gestalten. Eine Kultur, die es den Beschäftigten von vornherein leicht macht, intern Hinweise zu geben und so ihren Beitrag zu leisten, grobe Missstände und Gefahren abzustellen.

Als ehemaliger Konzernbetriebsratsvorsitzender eines Energieversorgungsunternehmens hatte ich auch einmal die Gelegenheit, eine Ethikrichtlinie und eine zugehörige Betriebsvereinbarung mit dem Vorstand zu verhandeln. Daher bin ich der Meinung: Wenn

man nach den betrieblichen Richtlinien und dem geltendem Recht verfährt, sind Betrieb und Hinweisgeber in der Regel maximal geschützt. Im Koalitionsvertrag haben wir zu prüfen vereinbart, ob der Hinweisgeberschutz im internationalen Vergleich hinreichend umgesetzt worden ist. Diese Prüfung warten wir zunächst ab.



**Sterbebegleitung.** Die Diskussion um das Thema Suizidbeihilfe bewegt die Menschen in unserem Lande. Es handelt sich um eine emotionale und kontrovers geführte Debatte, die die Frage betrifft, wie unsere Gesellschaft mit Alter, Krankheit und Tod umgeht. Im Rahmen einer vierstündigen Orientierungsdebatte begannen wir die parlamentarische Meinungsfindung zu einem wichtigen Thema dieser Legislaturperiode. Anschließend werden fraktionsübergreifende Gruppen an Lösungsvorschlägen arbeiten, die wir im kommenden Jahr beraten wollen.

**Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht.** In dieser Woche setzten wir Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach einem besseren Schutz insbesondere von Kindern und Jugendlichen um. U.a. wurde der Strafrahmen beim Besitz kinderpornografischer Schriften und bei der



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen erhöht

**Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften.** Die Freizügigkeit innerhalb der EU ist ein wesentlicher Gewinn für die Bürger der Gemeinschaft. In der weit überwiegenden Mehrheit nutzen sie dieses Recht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen. Um die Freizügigkeit zu wahren, müssen wirkungsvolle Maßnahmen gegen ihren Missbrauch getroffen werden. Ein Staatssekretärsausschuss zu den „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ erarbeitete deshalb Vorschläge. U.a. geht es um die Bekämpfung von Schwarzarbeit durch verbesserte Behördenzusammenarbeit; Wiederreiseperrren bei Missbrauch; eine Entlastung von betroffenen Kommunen, etwa im Bereich der Impfkosten für Kinder und Jugendliche. In zweiter und dritter Lesung stimmten wir dem zu.



In jeder Sitzungswoche können wir an die deutsche Teilung erinnert werden: Während das Reichstagsgebäude zu Westberlin gehörte, ist mein nur wenige Meter entferntes Büro auf ehemaligem Ostgebiet gelegen.

**Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.** Es ist ein wichtiges Ziel unserer Fraktion, die Wertschätzung der familiären Pflege zu optimieren – und sie besser abzusichern. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, wollen wir den schon bestehenden Rechtsanspruch auf eine 10-tägige Pflegeauszeit bei akut auftretender Pflegesituation eines nahen Angehörigen mit einer Lohnersatzleistung analog zum Kinderkrankengeld ausgestalten. Ebenso statten wir die schon geltende bis zu 24 Monate dauernde Familienpflegezeit für jeden nahen Angehörigen mit einem Rechtsanspruch aus, der gegenüber Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten gilt.

**Mietrechtsnovellierung.** Wir befassen uns in erster Lesung mit den vorgeschlagenen Änderungen im Bereich des Mietrechts. Ein Element ist das sog. Bestellerprinzip in der Vermittlung von Mietwohnraum. Dieses soll im Wohnungsvermittlungsgesetz eindeutig so geregelt werden, dass der Makler vom Wohnungssuchenden nur noch dann eine Provision verlangen kann, wenn er das Mietobjekt ausschließlich aufgrund eines Vermittlungsvertrages mit diesem beschafft hat. Ein zweites Element ist die sog. Mietpreisbremse. Diese erlaubt den Ländern für eine begrenzte Dauer von maximal fünf Jahren in Gebieten mit nachgewiesenermaßen angespannten Wohnungsmärkten eine Deckelung des Anstiegs der Bestandsmieten (maximaler Anstieg von zehn Prozent) vorzunehmen. Ausgenommen sind Neubauwohnungen, die nach dem 1. Oktober 2014 erstmals genutzt und vermietet werden, sowie umfassend modernisierte Wohnungen.

**Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.** In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir die weitreichenden Änderungen im



Bundesausbildungsförderungsgesetz. Vom dem 1. Januar 2015 an übernimmt der Bund die BAföG-Kosten vollständig und entlastet die Länder so um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr. Die Länder haben im Gegenzug zugesagt, diese Summe in Schule und Hochschule zu investieren.

**Societas Unius Personae.** Die Europäische Kommission hat einen Richtlinienentwurf zu einer europäischen Ein-Personen-Gesellschaft („Societas Unius Personae“: SUP) veröffentlicht. Bei der SUP handelt es sich um Gesellschaften mit nur einem Gesellschafter. Kleine und mittlere Unternehmen sollen mit ihr auf einfache, flexible und in allen Mitgliedstaaten einheitliche Weise grenzüberschreitend tätig werden können. Damit die Unternehmen die Vorteile des europäischen Binnenmarktes in vollem Umfang nutzen können, schlägt die Kommission vor, dass sich der satzungsmäßige Sitz und die Hauptverwaltung einer SUP nicht in demselben Mitgliedstaat befinden müssen.

Ich spreche mich entschieden gegen eine Richtlinie aus, die es durch die Trennung von Satzungs- und Verwaltungssitz einer SUP

ermöglicht, die Mitbestimmung in Deutschland zu unterlaufen. Die deutsche Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell. Sie ist ein wichtiger Teil sozialstaatlicher Tradition der Bundesrepublik Deutschland, die gerade von der Union maßgeblich geprägt wurde. In sie darf nicht eingegriffen werden, weder durch nationales noch durch europäisches Recht. Mit dem Vorschlag der Kommission droht Gefahr die erfolgreiche deutsche Mitbestimmung auszuhebeln.

Ich vertrete die Auffassung, dass der derzeitigen Ausgestaltung für die SUP so nicht zugestimmt werden kann und eine Anpassung der Richtlinie erfolgen muss. Der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich einen entsprechenden Vorschlag für ein Positionspapier vorgelegt, welches derzeit besprochen wird.

**¡Hola Bundestag!** Eine Gruppe der besonderen Art besuchte am 20. Oktober den Deutschen Bundestag: Die Ludwig-Erhard-Schule (LES) aus Salzgitter reiste mit 23 Schülerinnen und Schülern aus dem spanischen Goierri in Ordizia im Baskenland an. Da Uwe Lagosky terminlich im Wahlkreis gebunden war, übernahm sein Büro das



BU: Die Lehrkräfte Sarah Orth, Uwe Bohmfalk, Marcel Müller, Raket Alonso, Joseba Ramos sowie Joseba Telleria mit ihren Schülerinnen und Schülern vor der Kuppel des Reichstagsgebäudes.



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Gespräch mit der Gruppe sowie ihre Führung durch das Reichstagsgebäude.

Für die LES war es der erste Austausch mit den spanischen Berufsschülerinnen und -schülern der elften und zwölften Jahrgangsstufen. Zu Gast sind sie bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der LES; die sich für den Austausch anmeldeten.

**Gespräch mit NIHK-Präsidenten und Geschäftsführern.** Am heutigen Freitag fand ein Informationsgespräch mit Vertretern der regionalen IHK-Mitgliedsverbände im Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag (NIHK) und der Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag statt. Gesprächspartner waren nicht nur die Hauptgeschäftsführer, sondern auch einzelne Präsidenten der jeweiligen IHK. Inhaltlich wurden Themen wie der Bundesverkehrswegeplan, die SuedLink-Trasse, Erdgasförderung/Fracking und die Konzentration im Handel aus niedersächsischer Perspektive besprochen. Solche Gespräche bringen wichtige Impulse für unsere politische Arbeit.

## Mittendrin im Wahlkreis 49 27. Oktober bis 2. November

**Dritte Informationsfahrt des Bundespresseamtes.** Das politische Berlin kennenlernen und verschiedene Menschen aus meinem Wahlkreis zusammen bringen, die sonst im Alltag wenig miteinander zu tun haben, war wieder einmal die Grundidee der zweitägigen Bildungsreise. Programmpunkte waren das Konrad-Adenauer-Haus der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die Landesvertretung Niedersachsen, das Dokumentationszentrum „Topografie des Terrors“ sowie das Bundesministerium der Verteidigung. Im Deutschen Bundestag stand ein ganz besonderes Ereignis bevor: Zusammen mit

meinen Gästen brachte ich Erde in Hans Haackes Kunstwerk „Der Bevölkerung“ (<http://www.derbevoelkerung.de/>) ein. Bei einer ausführlichen Stadtrundfahrt wurden geschichtliche wie auch politische Punkte nähergebracht. Trotz einer langen Warteliste können sich Interessierte für 2015 gern per E-Mail unter [uwe.lagosky@bundestag.de](mailto:uwe.lagosky@bundestag.de) für eine Fahrt nach Berlin anmelden.



## Zum Schluss, doch nicht das Letzte

**Wiedervereinigung verlängerte Leben.** Laut Modellrechnungen des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung (MPIDR) lebten 2011 ostdeutsche Frauen durchschnittlich 4,2 Jahre und Männer 6,2 Jahre länger als in der DDR: Frauen hätten statt 82,9 nur 78,7 Jahre, Männer statt 77,1 nur 70,9 Jahre erreicht. Zurückgeführt wird dies auf die insgesamt verbesserte medizinische Versorgung sowie den gestiegenen Lebensstandard. Während BRD-Bürger in den 1970er und 80er Jahren bereits von neuen Behandlungsmethoden z.B. bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen profitieren konnten und hierdurch die Sterberaten zurückgingen, standen diese Techniken in der DDR nicht zur Verfügung.



### Uwe Lajosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

[uwe.lagosky@bundestag.de](mailto:uwe.lagosky@bundestag.de)

